

20 Jahre nach Bischofferode

DIE LINKE erinnerte mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen an die Schließung des Kali-Standorts in Bischofferode und den Beginn des Hungerstreiks der Kali-Kumpel vor 20 Jahren.

Am 1. Juli 1993 stimmte der Treuhandausschuss des Bundestages dem „Fusionsvertrag zwischen der Kali und Salz AG Kassel, der Mitteldeutschen Kali AG und der Treuhandanstalt“ vom 13. Mai 1993 zu. Damit war das „Aus“ für den Kali-Standort Bischofferode besiegelt.

Ein Hungerstreik der Kumpel, ein langer Marsch zur Treuhandanstalt nach Berlin und viele weitere Kämpfe zum Erhalt der Arbeitsplätze führten nicht zum Erfolg. Der Fusionsvertrag ist bis heute unter Verschluss. Die Bundesregierung verweist auch gegenüber der Thüringer Landesregierung und dem Thüringer Landtag auf eine dezidierte Vertraulichkeitsvereinbarung.

Auf der anderen Seite steht der Freistaat Thüringen heute allein für die Finanzierung der Kalialtlasten ge-

rade, auch, weil der Konzern K+S eine Freistellung von der Altlastensanierungsverantwortung erhielt.

Gegenüber Thüringen machte er inzwischen eine Forderung von 130 Millionen auf. Ewigkeitskosten, z. B. für neu anfallende betriebsbedingte

Gefahrenabwehrmaßnahmen, können sich nach Schätzungen von K+S sogar bis auf eine Höhe von zwei Milliarden Euro belaufen.

Im Sinne der Kali-industrie in den ost-deutschen Bundesländern haben Vertreter der LINKEN (unter ihnen Gregor

Gysi und weitere Bundes- und Landtagsabgeordnete) zusammen Gerhard Jüttemann und anderen ehemaligen Kali-Kumpeln mit einer Mahnwache vor dem Kanzleramt in Berlin am 26. Juni die Bundesregierung aufgefordert, den Vertrag öffentlich zu

machen, damit endlich bekannt wird, was damals tatsächlich vereinbart wurde. Dazu reicht die Linksfraktion jetzt eine Große Anfrage an die Thüringer Landesregierung ein.

Dabei geht es nicht nur um den Kalifusionsvertrag und seine Auswirkung



gen bis in die Gegenwart. Unter der Überschrift „Schlussfolgerungen aus ‘20 Jahre Hungerstreik in Bischofferode’“ will die Fraktion Antwort auf zahlreiche detaillierte Fragen, die bis hin zur Situation in der Region Bischofferode heute reichen. ■

Bisher größter Spenden-Betrag aus der Alternative 54

„Im vergangenen Jahr hat der Abgeordneten-Verein Alternative 54 Erfurt e.V. mit mehr als 86.000 Euro den höchsten Jahresbetrag seit seiner Gründung an insgesamt 208 Vereine und Verbände ausgereicht“, so die Bilanz der Vorsitzenden des Vereins, Heidrun Sedlacik, anlässlich der Mitgliederversammlung am 13. Juni. Seit ihrem Bestehen unterstützte die Alternative 54 zahlreiche gemeinnützige Projekte mit 860.367 Euro

Kinder aus Tschernobyl, die auch dem Landtag einen Besuch abgestattet hatten, eine Spende übergeben. Dazu das Foto links. Daneben ist Birgit Klaubert in alternativer Aktion zu sehen. Sie brachte eine Spende in die AWO-Kindertagesstätte „Knirpsenland“ in Altenburg Nord. Mit dem Geld soll ein neues Gartenhäuschen fertiggestellt werden.

Und schließlich (Foto rechts) erhielten wir einen ausführlichen Be-

schule in Heiligenstadt an den Kreisvorsitzenden einen Scheck in Höhe von 400 Euro.“

Erweitert wurde die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins. Neben der Homepage (www.die-linke-thl.de/politik/alternative_54) kann man sich auf facebook informieren: www.facebook.com/Alternative54ev. ■



(Stand 31.05.2013). Etwa 2.330 Vereinen und Verbänden konnte damit geholfen werden.

Die Alternative 54 Erfurt e.V. wurde 1995 von den damaligen Landtagsabgeordneten der PDS gegründet, um inhaltlich der Umsetzung des Artikels 54 der Thüringer Verfassung, der eine automatische Diätenanhebung vorsieht, etwas entgegenzusetzen. Jedes Mitglied (Landtagsabgeordnete DIE LINKE) spendet seither monatlich einen Teil seiner Diäten an den Verein. Dieser wiederum setzt die Gelder für gemeinnützige Projekte und Vorhaben ein, die nicht oder nicht ausreichend öffentlich gefördert werden.

So hatte bereits im Mai der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow an

richt von Silke Senge, Leiterin der überregionalen Beratungsstelle Heilbad Heiligenstadt des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen e. V. Dass der Kreisverband seit Jahren das Schulprojekt „Behinderte im Alltag – Vortragsreihe vor Schülern und Pädagogen“ für Grund- und Regelschulen sowie auch Gymnasien anbieten kann, sei auch ein Verdienst des Vereins Alternative 54. In dem Bericht heißt es weiter: „Kreisvorsitzender Ralf Lindemann war sehr erfreut, dass auch in diesem Jahr seinem Antrag entsprochen wurde. Die Landtagsabgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wright übergab kürzlich im Beisein von 16 Schülern der 3. Klasse in der Lorenz-Kellner-Grund-

Das LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

Programmatisches Allerlei

Nicht völlig überraschend kritisiert die SPD das Programm der CDU zur Bundestagswahl. Von der Nachrichtenagentur Reuters wird der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel so zitiert: „Das hier ist der Wahlbetrug mit Ansage.“

Das Elaborat mit dem Titel „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“ firmiert sogar als „Regierungsprogramm“. Und was für eines! „Von der richtigen Politik von CDU und CSU haben alle Menschen etwas“, behaupten die Unionsparteien. Weil daran womöglich nicht einmal der eigene Anhang glaubt, haben sich beide etwas Pfiffiges ausgedacht: statt auf Parteitage (wie es gute und anstrengende demokratische Tradition ist) wurde das Programm einfach während einer gemeinsamen Sitzung der Vorstandsmitglieder der Parteien beschlossen. Wahrscheinlich sind es auch solche Kunstgriffe, die erahnen lassen, wohin Angela Merkel (die ja Vorsitzende der CDU ist) mit der von ihr propagierten „marktkonformen Demokratie“ will.

In dem Reuters-Text findet sich noch der Hinweis auf „SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück“. Der mag das CDU-CSU-Wahlprogramm ebenfalls nicht. Wobei strenggenommen auch dieser „SPD-Kanzlerkandidat“ eine Art Wahlbetrug mit Ansage ist. Denn hätte die SPD tatsächlich ernsthaft das Ziel, den Kanzler (oder eine Kanzlerin) zu stellen, wäre kaum Steinbrück als Kandidat ausgewählt worden.

Der – realistischer – Vizekanzlerkandidat tritt unter dem etwas kryptischen Wahlprogramm-Slogan „Das Wir entscheidet“ (im Original nur in Großbuchstaben geschrieben) an. Selbst Steinbrück ist inzwischen aufgefallen, dass Merkel in der Gunst des Wahlvolks weit vor ihm liegt. Nur wegen Merkel die Union zu wählen, sei zu wenig, belehrt er bockig. Schon möglich. Interessanter ist die Frage, wie viele Menschen am Ende trotz Steinbrück noch SPD wählen. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in **UNSERE NEUE ZEITUNG.**

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.